

1

# Uwe Pöpping

2

04.11.2020

3

**Ministerpräsidenten der Bundesländer, PERSÖNLICH gemäß Art. 10 GG und § 202 StGB, Briefgeheimnis**

4

5

Markus Söder, Winfried Kretschmann, Michael Müller, Dietmar Woidke, Andreas

6

Bovenschulte, Peter Tschentscher, Volker Bouffier, Manuela Schwesig, Stephan Weil,

7

Armin Laschet, Malu Dreyer, Tobias Hans, Michael Kretschmer, Reiner Haseloff,

8

Daniel Günther, Bodo Ramelow

9

**Justizminister der Bundesländer PERSÖNLICH gemäß Art. 10 GG und**

10

**§ 202 StGB, Briefgeheimnis**

11

Guido Wolf, Georg Eisenreich, Dirk Behrend, Susanne Hoffmann, Claudia Schilling,

12

Anna Galina, Eva Kühne-Hermann, Katy Hoffmeister, Barbara Havliza, Peter Biesenbach,

13

Herbert Mertin, Peter Strobel, Katja Meier, Anne-Marie Keding, Claus Christian Claussen,

14

Dirk Adams

15

**Innenminister der Bundesländer PERSÖNLICH gemäß Art. 10 GG und**

16

**§ 202 StGB, Briefgeheimnis**

17

Thomas Strobl, Joachim Herrmann, Andreas Geisel, Michael Stübgen, Ulrich Mäurer,

18

Andy Grote, Peter Beuth, Lorenz Caffier, Boris Pistorius, Herbert reul, Roger Lewentz, Klaus

19

Bouillon, Roland Wöller, Holger Stahlknecht, Sabine Sütterlin-Waack, Georg Maier

20

21

**Offizielle Anfrage zur persönlichen Stellungnahme der oben angeschriebenen Personen**

22

**PERSÖNLICH mit der Bitte der Beihilfe zur Erlangung eines echten Täter-Opfer-**

23

**Ausgleichs**

24

25

**Sehr geehrte Mitarbeiter der Ministerpräsidenten/Landes-Justizminister/Landes-**

26

**Innenminister,**

27

es tut mir leid, dass ich zu solchen Mitteln, wie folgt, greifen muss. Aber leider bin ich es von

28

den Büros der Bundespolitik gewohnt, dass selbst wichtige, ordentlich nach dem

29

Briefgeheimnis adressierte Briefe an die Betroffenen persönlich, trotz Verbotes von meiner

30

Seite, von Dritten Personen gelesen, sogar bearbeitet und beantwortet werden, ja scheinbar

31

sogar den Adressaten unterschlagen werden.

32

Artikel 10 Grundgesetz sagt eindeutig, dass das Briefgeheimnis UNverletzlich ist. Schon

33

daran gibt es nichts zu deuten.

34

§ 202 StGB geht da noch weiter: Wer unbefugt einen verschlossenen Brief oder ein anderes

35

verschlossenes Schriftstück, die nicht zu seiner Kenntnis bestimmt sind, öffnet wird mit

36

Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft, wenn die Tat nicht in § 206 mit

37

Strafe bedroht ist.

38

Somit ist es eindeutig. Sie als Erstempfänger erhalten mittels offener Mail, die Sie natürlich

39

lesen dürfen, eine PDF-Datei, die eindeutig als verschlossener Brief zu werten ist, der

40

Persönlich für den Empfänger, **UND NUR FÜR DIESEN**, bestimmt ist. Öffnen Sie, als

41

Dritte, diese Datei und lesen den Inhalt, machen Sie sich gemäß § 202 StGB der Verletzung

42

des Briefgeheimnisses schuldig. Und falls Sie nun auf die Idee kommen, in diesem Fall die E-

43

Mail (die nach höchstrichterlicher Rechtsprechung auch unter das Briefgeheimnis fällt) inkl.

.....

44 der angehängten Dateien **NICHT** dem Empfänger auszuhändigen, weil **SIE** es nicht  
45 bearbeiten dürfen (ist auch in der Bundespolitik so Usus), auch das funktioniert nicht, denn  
46 dann machen Sie sich der Unterschlagung gemäß § 246 StGB schuldig. Bei dieser Mail und  
47 den angehängten Dateien handelt es sich um eine fremde, bewegliche Sache, die sich in  
48 Meinem Eigentum befindet. Und nach meiner Anweisung auch **NUR** in das Eigentum der  
49 oben genannten Empfänger **PERSÖNLICH** übergeben darf. Wenn also **SIE** als  
50 Erstempfänger dieser Sache, diese sich oder einem anderen, Dritten, der nicht der persönliche  
51 Empfänger ist, zueignen, machen Sie sich der Unterschlagung gemäß § 246 StGB schuldig.  
52 Auch der persönliche Adressat wird angewiesen, dieses Schreiben nur persönlich zu  
53 bearbeiten. Ein delegieren an eine Dritte Person wird ausdrücklich untersagt, da ich eine  
54 Stellungnahme des Empfängers persönlich erwarte.

55  
56

57 **Sehr geehrte Damen und Herren Ministerpräsidenten, Landesjustizminister-oder**  
58 **Senatoren, Landesinnenminister,**

59

60 Auch an Sie leider noch einmal die Weisung: Ich untersage, dass die geforderte Stellungnahme zu  
61 meinem Schreiben selbstständig durch eine andere Person, als Sie persönlich, abgegeben wird.  
62 Selbstverständlich können Sie Ihrem Sekretär/Sekretärin **IHRE PERSÖNLICHE** Stellungnahme  
63 diktieren, damit diese/dieser das dann abtippen kann. Aber die Stellungnahme ist von Ihnen  
64 persönlich zu unterschreiben. Es ist schon traurig, dass ich, **als Opfer**, zu solchen Mitteln greifen  
65 muss, aber ich werde förmlich dazu gezwungen.

66

67 **Ein äußerst wichtiger Punkt für Sie:**

68

69 Ich konfrontiere Sie in diesem Schreiben mit Fakten und Beweisen, die eindeutig aufzeigen, dass  
70 in der **BRD KEINE** Gewaltenteilung, **keine** Rechtsstaatlichkeit, **keine** freiheitlich demokratische  
71 Grundordnung mehr existiert. Das Opferschutz in Täterschutz umgekehrt wird, wenn die Täter in  
72 den Reihen der drei deutschen Staatsgewalten zu finden sind. Das von Teilen der drei deutschen  
73 Staatsgewalten, (in Form der von mir in dem [Dokumente Beklagte Personen](#) aufgeführten  
74 Personen) nachweislich staatsfeindliche verbrecherische Agitation betrieben wird.  
75 Sie, als Mitglied eines der Landesparlamente haben nun genau zwei Möglichkeiten:

76

77 - Entweder Sie geben mir zu den im folgenden genannten Vorwürfen Ihre persönliche  
78 Stellungnahme innerhalb einer recht großzügigen Frist von 2 Wochen ab, wie immer diese  
79 Stellungnahme auch ausfallen mag. Wobei ich mir das Recht vorbehalten, diese Stellungnahme zu  
80 veröffentlichen. Auf diese Art und Weise können Sie, als Landespolitiker, mir zeigen, dass Sie  
81 mit dem Vorgehen von Teilen der teilweise schwer kriminellen deutschen Staatsgewalten nicht  
82 einverstanden sind. Das würde allerdings zu einer Pflicht führen, mich gegen diese Verbrechen zu  
83 unterstützen, meine restlich verbliebende Gesundheit und mein Leben zu schützen, oder

84

85 - Sie ziehen es vor, so wie es auch in der Bundespolitik üblich ist, mein Schreiben zu ignorieren  
86 und nicht darauf einzugehen. Dies hätte allerdings zur Folge, dass Sie sich Persönlich mit den  
87 bezeichneten Verbrechen identifizieren, dass Sie, als Mitglied eines Landesparlamentes mit dem  
88 Beugen, Brechen und Außerkraftsetzen von Teilen des deutschen Strafgesetzes, des  
89 Grundgesetzes, der Menschenrechte und der Konvention zum Schutz von Invaliden, durch Teile  
90 der drei deutschen Staatsgewalten einverstanden erklären, dieses unterstützen und sich so der  
91 Beihilfe zu den Verbrechen, aber auch der Strafvereitelung, schuldig machen. In diesem Fall  
92 behalte ich mir eine Veröffentlichung nicht nur vor, in diesem Fall werden ich es ganz sicher in  
93 internationalen Medien veröffentlichen. Das ist nicht mehr und nicht weniger wie ein  
94 Versprechen.

95  
96 Da ich nicht weiß, wie Sie reagieren, werde ich mit diesem ersten Schreiben nur einen Teil der  
97 Dokumente im Anhang mitsenden. Weil mir bewusst ist, dass umfangreiche Dokumente sowieso  
98 ungelesen vernichtet, gelöscht, geschreddert werden. Sollten sie aber wirklich (allein mir fehlt der  
99 Glaube, noch) Interesse daran bekunden, mir zu helfen, die Rechtsstaatlichkeit, die freiheitlich  
100 demokratische Grundordnung in der BRD wiederherzustellen, und die kriminelle Justizdiktatur  
101 (was in meinen Augen bereits ein gesamtdeutscher Justizsumpf ist) wiederherzustellen, für einen  
102 Täter-Opfer-Ausgleich zu sorgen, lassen ich Ihnen auf Wunsch auch gerne noch weitere  
103 Unterlagen zukommen. Wobei ich überzeugt bin, dass das, was ich Ihnen sende und berichte,  
104 mehr als ausreichend ist, um diverse Untersuchungen anzustreben. Es liegt also an **Ihnen**  
105 **PERSÖNLICH**.

106  
107 Ich werde sicherlich nur Fakten nennen, die ich auch beweisen kann.

108  
109 Da man mir keine Wahl lässt, ist auch gerade die Veröffentlichung der Verbrechen auf meiner  
110 Webseite in Arbeit. Daher werde ich auch bei den Dokumenten, die ich bereits dort hochgeladen  
111 habe, hier nur verlinken, so dass Sie diese Dokumente online aufrufen können. Und nur zur Info:  
112 Es macht keinerlei Sinn, meinen Provider zu bedrohen, diese Webseite abzuschalten. Denn  
113 innerhalb weniger Tage wäre diese wieder online, aber bei einem Provider, auf den **SIE**, als auch  
114 jegliche deutsche Staatsgewalt, keinen Einfluss nehmen können. Das aber nur am Rande, falls  
115 jemand auf dumme Gedanken kommt, das deutsche Recht noch weiter zu beugen und zu brechen.

116  
117 Zunächst einmal der Verweis auf das Dokument, in dem ich in einem Rundschreiben **ALLE**  
118 deutschen Gerichtspräsidenten, **ALLE** deutschen Staatsanwaltschaften, **ALLE** Bundesminister,  
119 **ALLE** MdB, **ALLE** Mitglieder des Petitionsausschusses, die Bundeskanzlerin und auch den  
120 Bundespräsidenten über die Verbrechen gegen mich, die aber auch staatsfeindlichen Charakter  
121 haben, aufgeklärt und um Abhilfe gebeten habe. Leider haben sich alle Empfänger durch  
122 Ignoranz der Beihilfe zu den Verbrechen, aber auch der Strafvereitelung schuldig gemacht. Das  
123 Dokument wurde erstmals im Januar 2019 versandt, ist also nicht auf dem allerneuesten Stand.  
124 Denn die Sachlage, also die Verbrechen der deutschen Mächtigsten haben sich noch weiter  
125 verschlimmert. Mittlerweile spreche ich schon nicht mehr von einer kriminellen Vereinigung von  
126 Teilen der drei Gewalten gemäß § 129 StGB, sondern von einer terroristischen Vereinigung  
127 gemäß § 129a StGB. Dafür hat ein Herr Oberstaatsanwalt Hauser, beim Opferschutzbeauftragten  
128 in Stuttgart (siehe Fall weiter unten) gesorgt. Das wird sicher den ICC in Den Haag besonders  
129 interessieren. Das Dokument finden Sie hier:

130  
131 [http://justizopfer.bessere-welt.com/docs/dokumente-neuster-stand/R%C3%BCcktritt-](http://justizopfer.bessere-welt.com/docs/dokumente-neuster-stand/R%C3%BCcktritt-Rundschreiben.pdf)  
132 [Rundschreiben.pdf](http://justizopfer.bessere-welt.com/docs/dokumente-neuster-stand/R%C3%BCcktritt-Rundschreiben.pdf)

133  
134 Wie rechtswidrig das Eröffnen des konstruierten Strafverfahrens gegen mich war, wie kriminell  
135 die illegal erschlichene Amtshilfe in Spanien, das erkennen Sie bereits in obigem Dokumenten,  
136 aber auch weiteren, in diesem Brief verlinkten, oder angehängten Dokumenten. Der beste Beweis,  
137 dass die BRD hochgradig kriminell agiert, ist doch der, dass die internationale spanische  
138 Staatsanwaltschaft jede weitere Amtshilfe für die BRD ablehnt, da diese eindeutig gegen die  
139 spanische Verfassung, das spanische Strafgesetz, das Gesetz zum Schutze von Invaliden  
140 (Spanien, EU, UN) verstößt. Das sind definitiv hochgradig kriminelle Handlungen, Verbrechen  
141 als Offizialdelikte, deren Verfolgung aber, aufgrund von übler krimineller Vetternwirtschaft, von  
142 allen deutschen Staatsanwaltschaften abgelehnt wird. Entgegen dem Legalitätsgrundsatz gemäß §  
143 152 StPO. Weil sich die Staatsanwälte sicher sind, von ebenso kriminellen Richtern dabei  
144 gedeckt zu werden. Auch solch ein Beispiel wird noch folgen.

145

146 Wie kam es zu dem Strafverfahren. Für mich ist sicher, dass dabei einzig Lobbyinteressen eine  
147 Rolle spielen. Seit nahezu 10 Jahren habe ich eigene medizinische Forschungen angestellt, weil  
148 die Pharmaindustrie aus purer Geldgier nicht willens dazu ist. Weil diese Sparte jährlich 3.stellige  
149 Milliardenbeträge umsetzt, mit rein symptomatische Behandlung. Jeder weiß, das medizinische  
150 Forschung teuer ist. Besonders für einen Invaliden mit einer kleinen Erwerbsunfähigkeitsrente.  
151 Daher habe ich zweimal diverse Bundesministerien in der BRD und die großen Pharmakonzerne  
152 angeschrieben und um finanzielle Unterstützung gebeten. Eigentlich hätte es ja gereicht, nur die  
153 Bundesministerien anzuschreiben, denn die Pharamalobby hat dort ja eh das Sagen.  
154 Diese Anfragen waren der größte Fehler, den ich in meinem Leben gemacht habe. Denn nun  
155 wusste man Bescheid, woran ich forsche. Und für mich ist es auch erwiesen, dass man mich  
156 seitdem illegal online überwacht hat. Dazu gibt es Indizien und Beweise.  
157 Einige Informationen mehr können Sie auch auf meiner Seite nachlesen:

158  
159 <http://justizopfer.bessere-welt.com/uwepopping.php#einleitungsthema>

160  
161 Auch der noch unvollständige Teil zu dem illegal konstruierten Strafverfahren können Sie hier  
162 nachlesen, bzw. auch die Erweiterungen verfolgen.

163  
164 <http://justizopfer.bessere-welt.com/uwepopping.php#dasrechtswidrigestrafverfahren>

165  
166 Gerne kann ich Sie auch über alle folgenden Neuerungen auf dem Laufenden halten. Sie müssen  
167 sich dazu nur mit Ihrer E-Mail-Adresse in den Newsletter eintragen. Dann werden auch Sie, wie  
168 alle anderen Leser stets über die neusten Themen informiert.

169  
170 <http://justizopfer.bessere-welt.com/newsletter.php>

171  
172 Es war nun einmal beweisbarer Fakt, dass die deutschen Behörden im Rahmen einer illegalen  
173 Amtshilfe meine medizinischen Forschungsergebnisse, also meine lebenserhaltenden  
174 Behandlungsmethoden geraubt haben. Das deutsche, wie auch das spanische Strafrecht nennt so  
175 etwas „Bewaffneten Raubüberfall“. Denn man hat ausschließlich Interesse an meinen  
176 medizinischen Forschungen bekundet. Es wurden offensichtliche medizinische Dokumente (auf  
177 Papier) entwendet, die eindeutig und ersichtlich nichts mit dem angeklagten Fall zu tun hatten.  
178 Diese Dokumente sind im Nachhinein in keiner Asservatenliste aufgetaucht. Das grenzt doch  
179 schon an Faschismus, oder? In dem Antrag auf Amtshilfe wurde auch eindeutig festgelegt, dass  
180 nach Beweisen für eine Finanzierung der angeblichen kriminellen Vereinigung gesucht werden  
181 sollte. So, ich habe meine Mittel für die Forschungen durchweg mit der „Kryptowährung  
182 Paysafecard“ beglichen. Mehrere dieser Quittungen von PaySafeCard wurden von den deutschen  
183 BKA Beamten bei dem Raubüberfall eindeutig gesichtet, aber **nicht** beschlagnahmt. Das ist wohl  
184 Beweis genug, dass dieser Raubüberfall nicht der Sammlung von Beweisen gegen mich  
185 durchgeführt wurde, sondern aus rein lobbyistischen Interessen, sicher im Auftrag der  
186 Pharmaindustrie, zum Entzug meiner Forschungsergebnisse.

187  
188 Um meine lebenswichtige Behandlung fortsetzen zu können, habe ich mich an das BVerfG  
189 gewandt, mit einem Antrag auf Einstweilige Anordnung zur Herausgabe meiner Eigentümer.  
190 Diese verfassungswidrig agierenden Ausnahmegerecht (Art. 101 Abs. 1 GG) BVerfG hat in  
191 nachweislich absolut rechtswidriger, sogar menschenverachtender Weise agiert. Ein Gericht das  
192 die Verfassung schützen soll, diese aber mit Füßen tritt, schlimmer war auch die Justiz im Dritten  
193 Reich nicht. Auch hier mache ich nicht viele Worte, denn diesen Fall habe ich auch bereits  
194 ausführlich auf meiner Webseite erläutert. Bitte lesen Sie hier. Und bitte lesen Sie ausführlich,  
195 soviel ist es ja nicht:

196

197 <http://justizopfer.bessere-welt.com/uwepopping.php#bundesverfassungsgericht>

198  
199 Und hier ein kleines Schmankerl, das besonders die Landesregierung Berlin betrifft. Dieser Fall  
200 zeigt mehr wie eindeutig, dass in der BRD eine Justizdiktatur, ein Justizsumpf herrscht. Im  
201 Rahmen krimineller Zusammenarbeit der Gewalten, also keinerlei Gewaltenteilung. Wie weiter  
202 oben schon angegeben, wurden durch mich alle wichtigen Personen der Führungselite über die  
203 Verbrechen der involvierten Personen der drei Gewalten und Helfershelfer, [siehe dieses](#)  
204 [Dokument](#), der schweren Verbrechen gegen meine Unversehrtheit, mein Leben, beschuldigt. Das  
205 ist zwar an den Generalbundesanwalt adressiert, Weil von meiner Seite ein großer Strafantrag  
206 dort in Arbeit ist. Aber Sie dürfen es zur Kenntnisnahme auch lesen.  
207 Auch dies werde ich hier nur kurz umreißen, den ganzen Fall können Sie ebenfalls auf meiner  
208 Webseite lesen. Ich habe Bundeskanzlerin Merkel, Bundespräsident Steinmeier, alle  
209 Bundesminister, alle MdB vollumfänglich über die Verbrechen gegen mich (Mordversuche durch  
210 schwere seelische und körperlich Folter) aufgeklärt. Ich habe diesen Personen die Gelegenheit  
211 zum Rücktritt von der Beihilfe zu diesen Verbrechen damit gegeben. Dass diese Personen nicht  
212 einmal den Anstand hatten, zu antworten, beweist mir, dass diese sich schuldig fühlen, aber auch,  
213 dass diese Personen Teil der kriminellen/terroristischen Vereinigung gemäß den §§ 129, 129a  
214 StGB, sind. Ich habe entsprechend bei der Staatsanwaltschaft Berlin Strafantrag gestellt. Mit  
215 ausreichend Indizien, aber auch ausreichend Beweisen, was ein Ermittlungsverfahren gemäß §  
216 152 StPO, Legalitätsgrundsatz zwingend zur Folge hätte haben müssen. Aber es wurde nicht  
217 einmal grundlegend ermittelt. Da bestünde die Pflicht zur Verfolgung bereits bei einer normalen  
218 Strafanzeige. Die Untersuchung bei einem **Strafantrag** abzulehnen, das beweist die kriminelle  
219 Energie der Staatsanwaltschaft im Rahmen dieser Vetternwirtschaft. Mit gleicher Begründung,  
220 also einfach abgeschrieben ohne zu prüfen, wurde der Strafantrag auch rechtswidrig von der  
221 Generalstaatsanwaltschaft Berlin abgelehnt. Ebenso vom Kammergericht Berlin. Womit sich die  
222 involvierten Personen aller drei Institutionen der Beihilfe zu den Verbrechen gegen mich im  
223 Rahmen der Mitgliedschaft in einer kriminelle/terroristischen Vereinigung schuldig gemacht  
224 haben. Was das Schlimmste an dieser Sache ist: Ich, als **OPFER**, habe mich vertrauensvoll an  
225 das Kammergericht Berlin gewandt. Doch auch dieses Gericht unterstützt die Täter und tritt auf  
226 mich, das **OPFER**, auch noch ein. Diese Richter haben sich zu kriminellen gemacht, und haben  
227 dann noch die Frechheit, mir deren eigene Verbrechen in Rechnung zu stellen? Sich also auf  
228 betrügerische Art auch noch Geld von einem gebeutelten Opfer zu erschleichen? Diesen  
229 gesamten Teil-Fall können Sie hier nachlesen:

230  
231 <http://justizopfer.bessere-welt.com/kriminelle-berliner-justiz.php>

232  
233 Und um zum Schluss zu kommen, werde ich Ihnen auch hier noch den Fall antragen, wie sehr in  
234 der BRD aus Opferschutz ein Täterschutz gemacht wird, wenn die Täter in den drei deutschen  
235 Staatsgewalten zu suchen sind. Dass ich ein Opfer des kriminellen deutschen Justizsumpfes und  
236 ein Opfer von den Tätern der drei deutschen Staatsgewalten bin, habe ich wohl hinreichend, auch  
237 durch die zahlreichen Dokumente, klar dargelegt. Bereits vor geraumer Zeit habe ich mich an den  
238 Opferschutzbeauftragten des Bundes gewandt und um Unterstützung gebeten. Ich habe diese  
239 Stelle des Bundes ausgewählt, weil ich in Spanien resident bin und daher wohl eine Bundes-Stelle  
240 zuständig ist. Den entsprechenden Schriftverkehr werde ich noch herausuchen, habe ihn gerade  
241 nicht zur Hand. Die Antwort allerdings, die ich erhielt, war mehr wie eine perverse Verhöhnung  
242 meiner Person. Der Bundesbeauftragte für Opferschutz sei nicht zuständig, ich solle mich an den  
243 Opferschutzbeauftragten in dem Bundesland wenden, in dem ich gemeldet bin. Solch eine  
244 Antwort, obwohl diesem Menschen bewusst war, dass ich in Spanien gemeldet bin, das ist eine  
245 bodenlose und unmenschliche Frechheit. Dennoch habe ich mich dann nun letztendlich an den  
246 Opferschutzbeauftragten in Stuttgart gewandt. Der ist dann wohl zuständig, weil Baden-  
247 Württemberg, zumindest der Wohnsitz der **Täter** ist. Allerdings hat der dortige

248 Opferschutzbeauftragte meinen Antrag auf Täter-Opfer-Ausgleich nie erhalten, weil ihm dieser  
249 scheinbar durch einen dortigen, dann als hochgradig kriminell einzustufenden Oberstaatsanwalt,  
250 rechtswidrig unterschlagen wurde. Im zweiten Brief habe ich einen Brief verfasst, der aufgrund  
251 aktueller Gesetzeslage an den Opferschutzbeauftragten PERSÖNLICH hätte übergeben werden  
252 müssen. Hier hat sich der Oberstaatsanwalt Hauser rechtswidrig an fremden Eigentum vergriffen,  
253 hat Briefe geöffnet, gelesen und bearbeitet, wozu er nach dem Briefgeheimnis nicht berechtigt  
254 war. Das ist eindeutig eine kriminelle Handlung. Natürlich habe ich gegen diesen  
255 Oberstaatsanwalt Hauser auch einen Strafantrag eingereicht. Allerdings bei der  
256 Generalstaatsanwaltschaft Karlsruhe, als Mittler zwischen dem Justizministerium Stuttgart und  
257 den Staatsanwälten. Ich habe dort beweiskräftig angeführt, dass die Stuttgarter Justiz den Fall  
258 nicht bearbeiten darf, weil dieser gesamte Stuttgarter Justizsumpf in meinen Augen zu 100%  
259 Befangen ist. Weil sich hier die Mitglieder der Gewalten gegenseitig bei schwersten Verbrechen  
260 gegen die Menschlichkeit und gegen das Leben decken und schützen. Und trotzdem hat Karlsruhe  
261 den Fall zurück an Stuttgart verwiesen, wohlwissend, dass dort wieder nichts untersucht und  
262 verhandelt wird. Will mir jetzt noch einer sagen, dass in der BRD kein Justizsumpf regiert?  
263 Auch dieser Fall ist bereits veröffentlicht unter:

264

265 <http://justizopfer.bessere-welt.com/uwepopping.php#taeterschutz>

266

267 Und Sie können mir glauben, im Rahmen des Verfassens des Strafantrages an den Internationalen  
268 Strafgerichtshof in Den Haag werde ich dann auch meine gesamte Webseite in mehrere Sprachen  
269 übersetzen und dann jeweils in den entsprechenden Ländern hosten. ICH habe nichts mehr zu  
270 verlieren. Mein Leben wird mir wohl in Kürze endgültig von den BRD Staatsverbrechern  
271 genommen worden sein. Aber selbst danach wird es nicht enden, es gibt Personen, die dann die  
272 Veröffentlichung als mein Vermächtnis fortführen. Es macht also keinen Sinn, mich verunfallen zu  
273 lassen.

274

275 Nun hoffe ich, tatsächlich etwas von den Landespolitikern zu hören, bzw. zu lesen.

276

277 Bis dahin verbleibe ich

278 Mit freundlichen Grüßen



279

280 Uwe Pöpping

281 Justizopfer der BRD